

Das EU-Jahr ist vorüber – und nun?

Mehr Mut zur Öffentlichkeit: Menschen mit Behinderungen wollen nicht nur Thema sondern Ansprechpartner sein

Von Liane von Droste

Das Jahr 2003. Das „Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen“. Es gab einen „Marsch durch Europa“, eine Sommeruniversität für Menschen mit Behinderungen in Bremen, Wettbewerbe in Kunst und Prosa und ein Filmfest in Berlin. Es gab goldene, silberne und bronzene „Bienen“ für beispielhaft barrierefreie Internetseiten, Podiumsdiskussionen, Theater- und Musikprojekte. Kurz: Behinderte waren mehr als sonst in den Medien und im Gespräch. Durchaus im doppelten Wortsinn: Sie waren Thema und Ansprechpartner zugleich – und vor allem letzteres wollen sie bleiben. Genau so, wie sie es im Motto des EU-Jahres formuliert haben: „Nichts über uns ohne uns!“ Dies zumindest ist das Ergebnis einer diesem Artikel voraus gegangenen Umfrage unter Betroffenen. Und auch der kritische Blick in die Medienberichterstattung des vergangenen Jahres zeigt: Es gibt noch viel zu tun.

Das EU-Jahr ist vorüber. Und nun? Die meisten Betroffenen haben andere Sorgen. Die jüngste Stufe der Gesundheitsreform in Deutschland trifft zum Jahresbeginn Behinderte mit oft schmalen Budget besonders stark. Zuzahlungen für Arztbesuche oder Krankengymnastik sind nicht nur für Menschen, die in Heimen und häufig von kaum 100 Euro Taschengeld leben, kaum bezahlbar.

Inga Brüning, körperbehindert, Heimbewohnerin, 86 Euro „Taschengeld“ im Monat :

„Hier ist vielleicht ein Zirkus. Sogar B... hat ihre Arzttermine abgesagt, weil sie den Transport nicht bezahlen kann. Wer kein Spargeld hat und die zehn Euro nicht bezahlen kann, geht nicht runter zum Heimarzt oder zur Krankengymnastik. Und niemand weiß, ob ‚chronisch krank‘ auch Querschnitt und Spastik einschließt oder was als Einkommen zählt: Taschengeld oder Werkstattprämie oder beides. Alles schreit nur...“

„Mobilität“ und damit die gesetzlich verankerte „Teilhabe an der Gesellschaft“ wird im Jahr Eins nach dem EU-Jahr noch schwieriger und Selbständigkeit für manchen Behinderten fast zum Fremdwort. Denn seit Jahresbeginn sind die Kostenübernahme der Kassen für ambulante Fahrten massiv eingeschränkt und das Behindertentaxi zu Veranstaltungen praktisch gestrichen. Zivildienstleistende – durch Fachpersonal wegen der höheren Personalkosten kaum zu ersetzen – werden mit der geplanten weiteren Verkürzung der Dienstzeit immer mehr Mangelware, vielleicht bald gar nicht mehr zur Verfügung stehen.

Inga Brüning, Rollstuhlfahrerin und Hobbymalerin:

„Die beiden Zivis, die manchmal mit dem einen oder anderen von uns 260 Heimbewohnern in die Stadt gingen oder ´was besorgten, sind weg und nicht ersetzt worden.“

Ich zum Beispiel suche seit Monaten jemanden, der für mich in den Packma (Büro-Fachmarkt, Anm. d.Red) geht und Farben kauft..“

Auf politischer Ebene wehren sich Menschen mit Behinderungen dagegen, dass sie bei der Formulierung eines zivilrechtlichen Antidiskriminierungsgesetzes (ZAG) ausgeschlossen bleiben sollen, zu dessen Verabschiedung Deutschland aufgrund des europäischen Rechtes verpflichtet ist. Der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Karl Hermann Haack, fordert in einer Pressemitteilung „konkrete Regelungen für den zivilrechtlichen Bereich“ angesichts häufiger Diskriminierungen im Alltag.

„Gravierende Rückschritte“

Ottmar Miles-Paul, Koordinator der Kampagne „Nicht ohne uns! Behinderte ins Antidiskriminierungsgesetz!“ wird in einem Aufruf auf seiner Homepage noch konkreter: Er bezeichnet es als „Hohn“, dass Bundesjustizministerin Brigitte Zypries keine Notwendigkeit für die Aufnahme von Behinderten in das ZAG sehe.

Auch Dr. Ilja Seifert, der Vorsitzende des Berliner Behindertenverbandes „Für Selbstbestimmung und Würde“, wertet nach einem Bericht des Online-Nachrichtenportals im Internet unter www.kobinet-nachrichten.de die Bilanz aus dem EU-Jahr als „ernüchternd und erschreckend“. In einem Meinungsbeitrag in einer Fachzeitschrift stellt Seifert diesbezüglich „gravierende Rückschnitte“ fest; nicht nur durch die jüngste Gesundheitsreform, sondern auch durch das Zwölfte Sozialgesetzbuch (SGB XII). Hier seien unter anderem „Einkommens- und Vermögensschonbeträge so niedrig, dass Berufstätigkeit Schwerbehinderter, die gleichzeitig Hilfe zur Pflege, zur Assistenz oder anderweitige ergänzende Eingliederungshilfe brauchen, zur Farce wird“.

„Ich finde solche Jahre etwas komisch,“ sagt Erdinc Koc. Der 29-Jährige ist skeptisch: „Der ‚Baum des Jahres‘ ist nach einem Jahr auch nicht gesünder!“ Koc kam durch eine Schädigung während der Geburt mit einer „linksbetonten Tetraparese“ zur Welt und ist wegen seiner spastischen Lähmung auf den Rollstuhl angewiesen. Mit viel Hartnäckigkeit und Humor hat er sich eine behindertengerechte Mietwohnung und einen Arbeitsplatz in der EDV-Abteilung eines Rehamittel-Vertriebs erkämpft.

Koc ist weit davon entfernt, den Schwarzen Peter nur anderen zu schieben. „Ich denke es liegt auch an den Behinderten selbst.“ Zum Beispiel an der Angst und Scheu vieler, sich im öffentlichen Leben zu zeigen. „Zu hohe Ansprüche an sich selbst“ hat der 29-jährige bei anderen betroffenen Zeitgenossen ausgemacht. So zum Beispiel bei einem Mann, der sich in einem Unternehmen über Rollstuhl-Modelle informierte und dabei gefordert habe: „Ich will aber nicht behindert aussehen!“ Wichtig sei es, findet Erdinc Koc, an den Punkt zu kommen: „Ich bin behindert. Das ist jetzt so. Mach‘ ich das Beste draus!“.

Hilfe für die „Parkinson-Oma“

Willi Rudolf bedauert es, dass Veranstaltungen und Aktionen im EU-Jahr auf Behinderte beschränkt geblieben und der Begriff nicht auf Menschen ausgeweitet worden ist, die durch Krankheit oder Älterwerden körperliche oder geistige Einschränkungen erleben. Der Vater von zwei Söhnen aus dem schwäbischen Mössingen ist seit seiner Geburt schwer körperbehindert und betreibt seinen Rehamittel-Vertrieb als selbständiger Unternehmer vom Rollstuhl aus. Er engagiert sich seit mehr als 30 Jahren in der Behinderten-Lobbyarbeit und ist Landesvorsitzender des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter in Baden-Württemberg.

Ob durch angeborene Behinderung, Krankheit, eine Operation oder einfach durch die im Alter abnehmende körperliche Beweglichkeit – die „Abgrenzung zum Nichtbehinderten“ oder zum Behinderten „auf Zeit“ ist nach Ansicht Rudolfs kaum möglich. Barrierefreies Bauen nennt er als eines der Themen, bei dem er sich eine „stark beschleunigte Bewusstseinsveränderung“ wünscht. Nicht zufällig hat der Rollstuhlfahrer sein Unternehmen ganz bewusst „Le o Ba“ genannt hat – „Leben ohne Barrieren“. Eine Forderung, deren Umsetzung eben auch „der Parkinson-Oma“ und dem „Hüft-Operierten“ nütze.

Markus Lemcke aus Reutlingen freut sich zwar, dass „einiges statt gefunden hat“ im EU-Jahr. Als Computerfan engagiert sich der 33-Jährige vor allem auch für barrierefreies Internet und hat in diesem Zusammenhang 2003 selbst Texte veröffentlicht, an Veranstaltungen teilgenommen und in dem virtuellen Forum auf seinen Internetseiten mit zahlreichen Chat-Teilnehmern Bilanz aus dem EJMB gezogen. Ein Zivildienstleistender in Lemckes Forum kritisiert, dass es „die paar Werbespots zum EU-Jahr nicht rausgehauen haben“. Im Einführungskurs in seiner Zivildienstschule in Baden-Württemberg hätten „80 Prozent unserer Gruppe nicht mal gewusst, dass es so was gibt!“

**Markus Lemcke, 33, zur Zeit arbeitsloser
Verwaltungsangestellter, Softwareentwickler,
körperbehindert**

„Es hat schon einiges stattgefunden. Aber sind die Behinderten jetzt wirklich integriert und gleichgestellt? Kann ein Rollstuhlfahrer jetzt ohne Probleme in jedes Restaurant gehen und kommt problemlos ins WC? Sind nun sämtliche Kinos, Bahnhöfe, Busse und Straßenbahnen behindertengerecht? Hat jedes Modehaus eine Umkleidekabine für Rollstuhlfahrer? Somit hat die konsequente Gleichstellung behinderter Menschen wieder nicht stattgefunden und bleibt eine Zukunftsvision!“

Marco, ein junger Teilnehmer in Markus Lemckes Online-Forum, selbst nicht behindert, zieht eine ganz persönliche Bilanz aus dem EU-Jahr: „Wenn etwas geändert werden soll, dann muss ich bei mir anfangen und mich nach meinen Möglichkeiten selbst darum kümmern!“ Grund zur Resignation besteht für ihn nicht. Im Gegenteil: „Es heißt ja nicht, dass mit Ende des Jahres 2003 auch alle Bemühungen um Verbesserungen vorbei sein müssen. Nicht aufgeben. Sondern jetzt erst recht!“